

presse

Soziale Herkunft darf nicht über Bildungserfolg entscheiden

Zum heute veröffentlichten Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung über die schulische Bildung in Deutschland erklärt die Integrationsbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion Aydan Özoguz:

Die Chancengerechtigkeit in Deutschlands Schulen steigt leider nur langsam. Noch immer ist die soziale Herkunft entscheidend über den Bildungserfolg eines Kindes. Diesen Zusammenhang müssen wir aufbrechen, damit alle Kinder in unserem Land die gleichen Chancen haben, egal welcher Herkunft ihre Familien sind.

Die Bundesregierung muss die Daten des Chancenspiegels ernst nehmen und deutliche Anregungen geben, anstatt immer nur von der "Bildungsrepublik Deutschland" zu reden. Gleichzeitig werden im Bundeshaushalt die Ausgaben für Bildung gekürzt. Bundeskanzlerin Merkel ist ihre beiden zentralen bildungspolitischen Versprechen, zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Bildung zu investieren und die Zahl der Schulabbrecher zu halbieren, nicht einmal halbherzig angegangen und deshalb auch im Schneckentempo geblieben. Die Zukunft der Kinder hat gerade auch im Bildungsbereich für die Kanzlerin keine Priorität.

Das Gejammer über die in der Tat zu hohe Zahl von Schulabbrechern (6,2 Prozent eines Jahrganges) hilft nicht weiter. Der zutreffenden Beschreibung, dass es überproportional viele Kinder mit einer Zuwanderungsgeschichte betrifft, sind verglichen mit den Worten nicht einmal ein Bruchteil an Taten gefolgt. Wir brauchen den konsequenteren Ausbau der Ganztagschulen mit Bildungsangeboten besonders in sozial schwächeren Gebieten, damit Kinder von Anfang mehr Anregungen und Chancen bekommen. Ebenso würde die von

der SPD geforderte Aufhebung des Kooperationsverbotes von Bund und Ländern im Bildungsbereich die unsinnigen fiskalpolitischen Grenzen innerhalb unseres Landes abbauen. Weder CDU/CSU noch die FDP haben eine Problemlösung präsentiert. Deshalb können wir die Sonntagsreden der Union, endlich mehr Geld in Bildung zu investieren, nicht mehr hören. Zeit war in den vergangenen Jahren dafür genug da.